

Wesentliche neue interpretatorische Akzente setzt Peter Heumos mit seinem Beitrag „Der Februarumsturz 1948 in der Tschechoslowakei. Gesichtspunkte zu einer strukturgeschichtlichen Interpretation“ (S. 121—135). Heumos verknüpft den Februarumsturz 1948 — anregend und problematisch — mit Entwicklungen in der Ersten Tschechoslowakischen Republik: Ausgehend von einer Kritik der meist politologischen oder auch politischen Darstellungen der kommunistischen Machtübernahme im Februar 1948, die zumeist ein einheitliches Modell von „Sowjetisierung“ in Ostmittel- und Südosteuropa implizieren (oder es beweisen wollen), konzentriert sich Heumos auf das „eigentlich erklärungsbedürftige Phänomen der kommunistischen Machtübernahme in der Tschechoslowakei“, das „vergleichsweise, gemessen an anderen osteuropäischen Ländern, beträchtliche Ausmaß legitimer kommunistischer Machtbeschaffung und -ausübung“ (S. 124). Heumos vergleicht die politischen Strukturen der Jahre 1945 bis 1948, die — wie er nachweist — in der „westlichen“ Literatur nicht historisch-analytisch, sondern nach einem idealtypisch-abstrakten Modell von parlamentarischer Demokratie gesehen werden, und findet erstaunliche Parallelen und Kontinuität eingeschränkter parlamentarischer Demokratie (Ämterpatronage, Entscheidungsfindung außerhalb des Parlaments im „Fünferausschuß“ [Pětka], Proporz) zur Ersten Republik (S. 128): „Die tschechoslowakischen Kommunisten waren zwischen 1945 und 1948 mit Sicherheit keine Freunde der Institutionen der parlamentarischen Demokratie. Ebenso sicher ist, daß sie sich der Notwendigkeit enthoben sahen, das Parlament zu ‚entmachten‘.“ Die demokratischen Elemente der tschechischen und slowakischen Demokratie und politischen Kultur entfalteten sich nach 1945 vor allem auf den unteren Ebenen der Organisationshierarchie in Betriebsräten, Nationalausschüssen usw.: „Charakteristisch für dieses patrizipatorische Potential war eine strukturgeschichtlich erklärbare, durch breiteres Material sicherlich noch besser begründbare Indifferenz gegenüber institutionellen Arrangements höherer Ordnung — ein Phänomen, aus welchem der ‚weiche‘ Übergang zum kommunistischen Machtmonopol in der Tschechoslowakei zum guten Teil hergeleitet werden kann“ (S. 135). Gegen die Mehrheit kaum noch wissenschaftlich fruchtbarer politologischer Erklärungsversuche bietet Heumos unter Einbeziehung politologischer und soziologischer Ansätze eine überzeugende, wenn auch in Einzelheiten noch zu vertiefende *historische* Deutung an, die unser Verständnis (auch gegen liebgewordene Denkschemata) weiterführt.

Marburg

Wolfgang Kessler

*Integration im Rat für Gegenseitige Wirtschaftshilfe (RGW): Das Beispiel Polens und der ČSSR. Mit Beiträgen v. Horst Brezinski, Wilhelm Wöhlke u. a.*

Johann-Gottfried-Herder-Institut, Marburg/Lahn 1982 (Wirtschafts- und sozialwissenschaftliche Ostmitteleuropa-Studien 3).

Der zu besprechende Band besteht aus vier Beiträgen einer Tagung der Fachgruppe Wirtschafts- und Sozialwissenschaften des J. G. Herder-Forschungsrates, die sich im Jahre 1980 mit Problemen der Integration Ost-Mitteleuropas im Rat

für Gegenseitige Wirtschaftshilfe (RGW) befaßt hat. Nachträglich wurde noch ein Beitrag über Wachstumszyklen und Wirtschaftsreformen in Polen in die Publikation aufgenommen. Dadurch wurde die ohnehin große Heterogenität der behandelten Problematik noch weiter erhöht.

Im ersten Beitrag befaßt sich H. Brezinski mit der Auswirkung der internationalen Planung im RGW auf die polnische und tschechoslowakische Wirtschaft. Die Untersuchung erstreckt sich auf die 70er Jahre, die durch gestiegene Aktivität im Bereich der zwischenstaatlichen Planung gekennzeichnet sind. Obwohl der Autor viele Informationen und Daten zusammengetragen hat, ist es ihm doch nicht gelungen, „ein eindeutiges Votum darüber abzugeben, ob der Ausbau der zwischenstaatlichen Planungsaktivitäten im RGW der entscheidende Faktor war, der zu dieser Entwicklung (überproportionales Wachstum des Intra-RGW-Handels — J. S.) geführt hat“ (S. 19).

W. Wöhlke untersucht die Rohstoffproblematik in der Tschechoslowakei und Polen. Dabei beschränkt sich der Verfasser nicht nur auf Fakten, die die Rohstoffdefizite beider Länder charakterisieren und zugleich die Notwendigkeit der umfangreichen Rohstoffimporte andeuten, sondern erläutert die tektonischen Ursachen dieser Situation. „Die Tektonik entscheidet, ob die Basis des Wirtschaftens (Rohstoffe) im Inland liegt oder — als Folge von Industriewachstum — ins Ausland verlegt werden muß“ (S. 48). Dieser Beitrag liefert zugleich ein überzeugendes Beispiel für die Bedeutung der fachübergreifenden Sicht bei der Betrachtung vieler Wirtschaftsprobleme.

Der Aufsatz von A. Uschakow ist der Stellung Polens im RGW gewidmet. Der Autor befaßt sich mit der Gründung des RGW im Jahre 1949 und mit seiner Entwicklung in den nachfolgenden drei Jahrzehnten. Dabei stellt er den Wandel in den Inhalten und Methoden der Zusammenarbeit fest (vom Außenhandel über Abstimmung der Wirtschaftspläne zur Spezialisierung und Integration der beteiligten Volkswirtschaften). Eigentlich nur am Rande des recht kurzen Beitrags (12 Druckseiten) wird die Rolle Polens und die Preisbildung im RGW behandelt.

A. Schüller befaßt sich mit der Produktionsspezialisierung im RGW. Dabei stellt er das dirigistische Integrationsmodell des RGW dem liberalen Integrationsmodell der EG gegenüber. Anhand seiner ausführlichen Analyse der Methoden zur Messung der Effektivität der sozialistischen Kooperation und Spezialisierung weist er die Hemmnisse und die kaum zu überwindenden Schwierigkeiten nach, die bei der Durchführung der Spezialisierung im RGW notgedrungen entstehen. Im weiteren zeigt er die Dominanz der UdSSR im RGW und ihre nachteiligen Folgen für die Wirtschaft der übrigen RGW-Länder. Schließlich widmet sich der Verfasser der Möglichkeit der Verknüpfung der Intra-RGW Spezialisierung mit der Ost-West Kooperation.

Der letzte Beitrag von P.-M. v. d. Lippe untersucht die ordnungspolitischen Ursachen von Wachstumszyklen in Polen und das Scheitern von Wirtschaftsreformen. Gestützt auf empirische Arbeiten aus Ost und West, die die Wirtschaftszyklen in Osteuropa beschrieben und interpretiert haben, geht er den Fragen der Zyklen in der polnischen Volkswirtschaft nach. Dabei untersucht er den Zusammenhang zwischen den Zyklen auf der einen Seite und den Investitionen, der Planung und

den Reformen auf der anderen Seite. Obwohl die These von G. Gutmann im Vorwort, daß die „erfolgreiche Integrationspolitik in hohem Maße vom Grade der wirtschaftlichen Stabilität der beteiligten Länder abhängig ist“ (S. 8) unumstritten ist, liefert der Beitrag v. d. Lippes leider keine ausdrückliche Vertiefung dieses Gedankens anhand der polnischen Entwicklung.

Es dürfte klar sein, daß die vorliegende Publikation keine Gesamtdarstellung der Integration im RGW bietet und daß ihre Beschränkung nicht nur regional — wie in ihrem Titel angegeben ist —, sondern auch thematisch ist. Trotzdem bringt sie gute Einblicke in einige Teilfragen dieses Bereichs.

München

Jiří Sláma

*Tigrid, Pavel: Arbeiter gegen den Arbeiterstaat. Widerstand in Osteuropa. Aus dem Tschechischen übersetzt von Friedrich Uttitz.*

Bund-Verlag, Köln 1983, 157 S.

Der in Paris lebende tschechische Journalist und Herausgeber der renommierten Exilzeitschrift „Svědectví“ hat sich in seinem letzten Buch dem Problem der Arbeiterrevolten in Osteuropa zugewandt. In sechs Kapiteln bemüht sich der Autor um eine historische Übersicht der wichtigsten autonomen Aktivitäten und Konfrontationen der osteuropäischen Arbeiter mit den vermeintlichen Arbeiterstaaten im realsozialistischen Block seit den frühen fünfziger Jahren bis zur Niederschlagung der „Solidarność“-Gewerkschaft im Dezember 1981. Es ist verständlich, daß sich das Interesse des Autors auf Polen konzentriert, das als einziges Land so etwas wie eine Tradition der Arbeiterkämpfe aufweist. Die Darstellung der Erfahrung der polnischen Arbeiter bis zu ihrem historischen Sieg durch die Entstehung der „Solidarność“ steht im Mittelpunkt des Buches und wird in drei Kapiteln (3, 4, 5) behandelt. Die im ersten Kapitel geleistete Übersicht der bisher bekannten Streiks, Unruhen und Arbeiterrevolten in Osteuropa geriet dadurch nur zu einer kurzen Aufzählung der bisher registrierten Arbeiterunruhen seit 1953. So wird die Darstellung und Analyse sowohl der Aktionen der ungarischen als auch der tschechoslowakischen Arbeiter 1956 und 1968 zu Unrecht knapp gehalten. Das macht sich im zweiten Kapitel bemerkbar, in dem der Autor, um eine Ortsbestimmung der Arbeiter im Gesamtgefüge der Gesellschaft bemüht, zu einigen Generalisierungen über das Arbeiterverhalten in Osteuropa gelangt, die zu hinterfragen sind. So muß seine Diagnose des geringen Interesses der Arbeiter an der betrieblichen Selbstverwaltung und der Mitwirkung in Arbeiterräten (S. 34) als fragwürdig angesehen werden. Es waren keineswegs nur linke westliche „Schwärmer“ (S. 35), die zu gegenteiligen Schlußfolgerungen gelangten, sondern auch solche Autoren wie H. Arendt in ihrer Analyse der ungarischen Revolution 1956. In der Tat wurden in allen bisherigen tiefen Systemkrisen in Osteuropa Arbeiterräte oder Selbstverwaltungsorgane gebildet, die allein durch ihre Existenz, meist jedoch auch programmatisch, die Frage nach der innerbetrieblichen Organisation